

einer Beteiligung der Landesparlamente an diesen Entscheidungen ist zwar aktuell, aber verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch äußerst schwierig.

Eine verfassungsrechtlich verankerte Mitwirkung der Landesparlamente an den Entscheidungen der Landesregierungen im Bundesrat würde die scharfe Trennung, wie sie das Grundgesetz zwischen Bundes- und Landesaufgaben vorgenommen hat, aufheben. Ob dies mit den Prinzipien des Föderalismus dann noch zu vereinbaren wäre, bleibt mehr als fraglich. Zumindest müßte aber auch rechtlich die Zustimmung der Landesparlamente notwendig sein, wenn die Landesregierung als Mitglied des Bundesrats Verfassungsänderungen zustimmt, die in die Verfassungsrechte des Landesparlaments eingreifen.

Für die politische Beeinflussung bietet die Geschäftsordnung des Landtags ein reiches Instrumentarium, von dem allerdings bisher wenig Gebrauch gemacht wurde.

F.D.P.: Stärkere Kontrolle bei Staatsverträgen sinnvoller

Dazu meint der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Hans Koch:

Von einer direkten Mitwirkungsmöglichkeit der Landesparlamente an den Entscheidungen des Bundesrates verspricht sich die F.D.P.-Fraktion wenig. Allein schon die für die Bundesgesetzgebung festgelegten und von den einzelnen Bundesorganen zu beachtenden Fristen legen diesen Schluß nahe. So hat z. B. der Bundesrat binnen drei Wochen nach Eingang des vom Bundestag zugeleiteten Gesetzbeschlusses darüber zu befinden, ob er den Vermittlungsausschuß anrufen will. Ähnliche Fristen bestehen bei der Vorlage von Gesetzen durch die Bundesregierung. Würden in diesen Fällen zusätzlich die Landesparlamente eingeschaltet werden müssen, so müßte im Ergebnis eine erhebliche Verzögerung der zu behandelnden Gesetzesvorlagen in Kauf genommen werden. Dies hätte angesichts der vierjährigen Legislaturperiode im Bundestag mit Sicherheit zur Folge, daß kaum noch ein Gesetz fristgerecht verabschiedet werden könnte.

Entscheidend aber ist, daß bei der Verabschiedung der Bundesgesetze — auch wenn sie vom Bundesrat initiiert werden — in jedem Falle eine parlamentarische Kontrolle durch die Beratung im Bundestag gewährleistet ist. Eine zusätzliche parlamentarische Kontrolle durch die Landesparlamente würde nur die ohnehin schon in manchen CDU-geführten Landesregierungen zunehmende Tendenz verstärken, parteipolitische Taktik vor die Interessen des vertretenen Landes zu stellen. Dieser Mißbrauch eines Bundesorgans darf nicht zementiert werden.

Künftig müssen die Zonen in die parlamentarische Kontrolle einbezogen werden, in denen es bislang kaum Einflußmöglichkeiten der Parlamente gibt, vor allem die Staatsverträge. Eine möglichst rasche Überprüfung der bisherigen Praxis, die den Landesregierungen ohne vorherige parlamentarische Absicherung die Behandlung von zum Teil sehr gewichtigen politischen Themenbereichen gestattet, ist unumgänglich.

Porträt der Woche



Heinz Hardt (CDU)

Die Initialzündung kam im Landtagswahlkampf 1970: Als der Düsseldorfer CDU-Kandidat Heinz Hardt (36) immer wieder auf Verkehrsprobleme angesprochen wurde, entdeckte er seine politische Zukunft zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Vom Wahltag an, mit dem frischen Mandat in der Tasche, steuerte Hardt zielstrebig in den Verkehrsausschuß des Landtags, denn die Probleme, denen er eigentlich mehr per Zufall begegnet war, hatten ihn längst fasziniert. Heute gilt er in seiner Fraktion als Fachmann für verkehrspolitische Fragen, obwohl er nach eigener Bekundung an dieses Spezialgebiet gekommen ist, „wie die Heiden an die Hemden“.

Diese Zielstrebigkeit gehört zum Wesen des jungen Abgeordneten, der am 13. August 1961, am Tag des Mauerbaus, beschloß: „Jetzt muß Du politisch aktiv werden“. Sein Weg durch die verschiedenen Gremien der Jungen Union, der CDA und der CDU bis in den Landtag von Nordrhein-Westfalen ist logisch und konsequent.

Das Wort „machbar“ ist aus dem Sprachschatz des Düsseldorfer CDU-Abgeordneten kaum noch wegzu-denken. Also ein Technokrat? Eher ein Techniker bis in die Haarwurzeln, denn der Mann, der Teamwork liebt, ist von Haus aus Ingenieur für

Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik. Und so wie er in die Entwürfe eines Architekten die idealen Klimaverhältnisse einzubauen versucht, so macht er Politik: Planend, tüftelnd, hartnäckig und eben so lange, bis der Plan „machbar“ ist.

Sein zweites Schlüsselwort ist „Mobilität“. Das Verkehrskonzept, das sich in seinem Kopf formte, sieht für den Personennahverkehr zwar auch die entscheidende Zukunft erst kommen, aber daneben immer noch genügend Raum für den Individualverkehr. Wenn sich der „standortbezogene Berufsverkehr“ über öffentliche Verkehrsmittel abwickeln lasse, „bekommen wir auch Mobilität in die Städte“, hofft Hardt.

Er braucht die unmittelbare Beziehung zu den Wählern, zu den Bürgern. Er sucht sie in Vereinen und bei Bürgerinitiativen. Doch er liebt zugleich das Schweigen der Berge und geht gern auf hochalpine Touren, „einfach um einsam zu sein“. Seine Frau und seine drei Söhne haben auch dann wenig von dem Mann und Vater, der inzwischen leidvoll weiß, daß die Politik ihren Preis fordert. Helmut Locher